

## Sitzung des NÖ Landtages

### Aktuelle Stunde zu „Es reicht – Spritpreisdeckelung sofort“

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Es reicht – Spritpreisdeckelung sofort**“ abgehalten.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) meinte, diese Aktuelle Stunde diene dazu, die Preistreiberei der Konzerne zu stoppen. Der Trend zum hohen Spritpreis werde begleitet vom Sparpaket der Bundesregierung und den Kosten für die Autobahn-Vignette. Die Bevölkerung könne sich diese hohen Treibstoffpreise nicht mehr leisten, besonders die Pendler seien von dieser Entwicklung betroffen. Seine Fraktion fordere eine Spritpreisdeckelung von 1,20 Euro pro Liter. Eine Einschränkung der Mobilität führe auch zu einer Einschränkung der persönlichen Freiheit.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) betonte, jegliche Art von Spekulation sei abzulehnen. Trotzdem komme bei dieser Diskussion der Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu kurz. Die hohen Kosten für den Individualverkehr seien aufgrund einer notwendigen Kostenwahrheit, begründet durch die Belastungen für die Umwelt, nachvollziehbar. In den letzten Jahren seien viele Investitionen in den Ausbau der Verkehrswege geflossen und viel zu wenig Geld in den öffentlichen Verkehr. Hohe Spritpreise würden auch zu einem Umdenken in der Bevölkerung führen, der öffentliche Verkehr müsse in Zukunft eine größere Rolle spielen.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sagte, die Frage des Spritpreises sei ein großes Thema in der Bevölkerung. Entscheidend sei, eine rasche Lösung für die Menschen anzubieten. Der Rohölpreis sei in den letzten Monaten hinuntergegangen, die

Ölmultis würden weiter abkassieren und auch der Staat profitiere vom hohen Spritpreis durch höhere Steuereinnahmen. Eine Spritpreisdeckelung sei notwendig und der Staat müsse auf Teile seiner Steuereinnahmen verzichten.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sagte, aufgrund des freien Wettbewerbs in Europa seien die Kraftstoffpreise auch Marktpreise und abhängig von Angebot und Nachfrage. Während die Autofahrer zur Kasse gebeten werden, würden die Ölmultis immer höhere Gewinne verzeichnen. Auch der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro habe Einfluss auf die Höhe des Spritpreises. Zur Tankstellenverordnung von Minister Mitterlehner meinte er, dass diese ein erster, aber richtiger Schritt sei. Man solle sich das Thema Spritpreis europaweit ansehen, eine Überwachung der Märkte müsse gesichert sein, da die Spritpreise Auswirkungen auf die Menschen hätten, die Tag für Tag auf ihr Auto angewiesen sind. Punkto Mineralölsteuer hielt er fest, dass die Einnahmen hieraus nicht ins allgemeine Budget kommen sollten; das Geld müsse in den Ausbau der Infrastruktur und massiv in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fließen. Seine Fraktion trete für eine schwankende Mineralölsteuer ein, da Lenkungseffekte gegeben sein müssten. Da die Menschen sich die steigenden Preise nicht mehr leisten können, werde man einen Antrag einbringen.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) merkte an, dass der Antrag der FP nicht Entlastung bedeute, sondern einen Angriff auf das Sparschwein der Steuerzahler darstelle. Zudem meinte er, dass die FP sich darüber ärgere, dass die VP in der Sache schneller reagiert habe – man habe bereits vor einem Monat ein Konzept für die Pendlerinnen und Pendler vorgelegt. Es gehe der VP um kilometergenaue Abrechnung oder auch um die Einführung des so genannten Pendler-Euro. Der VP-Gesetzesentwurf sei noch bis 25. Mai auf Bundesebene in Begutachtung. Der Tankgutschein des FP-Konzepts entspreche dem Konzept in Kärnten und sei dort gescheitert. Eine wirkliche Hilfe würden dagegen die kilometergenaue Abrechnung und die Spritpreisfixierung über die Feiertage darstellen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, dass man den Leuten das Geld nicht an der Zapfsäule abnehmen dürfe, sondern es ihnen in der Tasche lassen müsse. Zum Thema Spritpreisfixierung über Feiertage sagte er, dass Pendler an den Feiertagen nicht zur Arbeit fahren würden. Zum Statement des Abgeordneten Weidbauer merkte er an, dass es sich hierbei nicht um Populismus handle. Die Steuer- und Abgabenquote sei so hoch wie nie und der öffentliche Verkehr würde immer schlechter.

Es gelte, den Spritpreis zu deckeln, die Kaufkraft der Menschen zu erhalten, die Pendlerpauschale zu erhöhen und einen Tankgutschein einzuführen.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Adensamer u. a. betreffend **Verschiebung der geplanten Zentralmatura**.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) brachte eine „Chronik eines angekündigten bildungspolitischen Desasters“ zur Kenntnis und zitierte aus zahlreichen Presseberichten zum Thema Zentralmatura. Am Ende ihrer Ausführungen meinte sie, dass die von der neuen Regelung betroffenen Schülerinnen und Schüler nunmehr zwei Jahre vor ihrer Matura stünden und mit entsprechenden Ängsten und Verunsicherungen zu kämpfen hätten. Das Beharren von Ministerin Schmied auf Einführung der Zentralmatura bezeichnete sie als Verhöhnung, Zynismus und Kaltblütigkeit und ersuchte in der Folge um Zustimmung zum Antrag.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) brachte Zitate von der Homepage des Bildungsministeriums zur Kenntnis und informierte über dort nachzulesende Fragen und Antworten zum Thema. Anschließend führte er aus, dass es zur Einführung der Zentralmatura ein Regierungsübereinkommen gebe, das auch gemeinsam mit Experten entwickelt worden sei. Dies sei ein wichtiger Bildungsreformschritt und ein guter Schritt in der Entwicklung des heimischen Schulsystems. Er räumte ein, dass es noch Probleme gebe, meinte aber, dass niemals die Rede auf eine Verschiebung gekommen sei. Lediglich die VP-Landesorganisationen würden jetzt den Stopp der Einführung fordern. Damit würde eine wichtige bildungspolitische Entscheidung blockiert. Mit der Frage AHS – Neue Mittelschule stehe die nächste Eskalation bevor, die gemeinsame Schule funktioniere. Bei der Zentralmatura gebe es noch nicht genug Sicherheit. Ungenauigkeiten sollten ausgebessert werden, das sei aber in der vorgegebenen Zeit machbar. Einer Verschiebung stimme er nur bei Einstimmigkeit zwischen VP und SP zu.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, einer Einheitsschule sei entschieden entgegenzutreten. Mit der Zentralmatura werde das Niveau österreichweit gesenkt. Die Bildungspolitik müsse auf Akademiker ebenso abzielen wie auf Facharbeiter.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, es sei unbedingt notwendig, Objektivität, Transparenz und Vergleichbarkeit in die Reifeprüfung einzubringen. Man hinke in Bildungsfragen hinten nach, daran seien nicht die Schulen oder die Lehrer

schuld, das System gehöre geändert. Bildung müsse Bundeskompetenz sein. Bei der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen gehe es der VP nur um Parteipolitik.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) sagte, im Zweifel müsse man sich für die Sicherheit der Kinder entscheiden. Das letzte, das man in der Diskussion brauche, sei die Ankündigung eines Krank- und Kaputtsparens der AHS. Er sei empört über diese Aussage der Ministerin. Ein Zusatzantrag seiner Fraktion fordert, die Langform der AHS und die Neue Mittelschule gleichberechtigt nebeneinander anzubieten. Individuelles Eingehen auf die Kinder sei die wahre Aufgabe der Bildungspolitik.

Bei der folgenden Abstimmung wurden sowohl der Antrag (VP) als auch der Zusatzantrag (VP und FP) mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) berichtete zum Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Leichtfried u. a. betreffend **Entlastung für Pendlerinnen und Pendler in Niederösterreich**.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) eröffnete die Debatte: Angesichts der Entwicklung der Spritpreise und der Ungerechtigkeiten im derzeitigen System sei eine Pendlerpauschale-Reform ein Gebot der Stunde. Mit dem gemeinsamen Antrag sei das Problem aber noch nicht ausreichend gelöst. Ein **Abänderungsantrag** seiner Fraktion fordert dementsprechend die Umwandlung in ein Modell der Dienstnehmerfreifahrt.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) erklärte, keinem der vorliegenden Anträge zuzustimmen. Derzeit würden eher die Autofahrer und weniger die Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln profitieren. Es solle ein Ausgleich zwischen den Kfz- und den Öffi-Pendlern geschaffen werden. Derzeit würden auch eher die Besserverdiener und weniger die Menschen mit geringem Einkommen profitieren. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Dr. Petrovic und Dr. Krismer-Huber einen **Antrag** betreffend Ökologische und soziale Gerechtigkeit bei der PendlerInnenförderung ein.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) bezeichnete den Antrag als zu wenig weitreichend. So bringe dieser etwa keine Entlastung für Familien. Die FP wolle eine Entlastung für alle Tankkunden. Er forderte daher eine Spritpreisdeckelung und eine amtliche Regulierung. Er brachte daher gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Entlastungspaket zum herrschenden Spritpreishöchststand ein.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sprach sich gegen Spekulationen der Ölmultis aus. Er brachte daher mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Rohstoffmärkten vor allem am Ölmarkt ein.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) meinte, die Entlastung der Pendler sei ein Gebot der Stunde. Das neue Modell hätte mehrere Vorteile, führte er etwa die kilometergenaue Abrechnung an. Die derzeitige Regelung bringe sehr vieles an Ungerechtigkeiten. So würden Besserverdiener profitieren und Pendler mit einem Arbeitsweg unter 20 Kilometern hätten keinen Anspruch. Das neue Modell bringe mehr Geld und mehr Fairness für die Pendler.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der Zusatzantrag des Abgeordneten Kraft (Umwandlung der Pendlerpauschale um ein Modell der Dienstnehmerfreifahrt) wurde mit Mehrheit angenommen. Der Antrag der Abgeordneten Weiderbauer, Petrovic und Kisser-Huber (Ökologische und soziale Gerechtigkeit bei der PendlerInnenförderung) wurde nicht ausreichend unterstützt und daher nicht zur Abstimmung gebracht. Der Antrag des Abgeordneten Königsberger (Entlastungspaket zum herrschenden Spritpreishöchststand) wurde getrennt abgestimmt. Der Punkt 1a wurde mit Mehrheit abgelehnt, ebenso die Punkte 1b und 2. Der Antrag des Abgeordneten Razborcan (Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Rohstoffmärkten vor allem am Ölmarkt) wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landeskrankenhaus Hainburg, Zu- und Umbau – Projektnachtrag Verlegung Kindergarten und Schaffung von Parkplätzen.**

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) betonte, jede Investition in das Gesundheitswesen sei eine wichtige Investition. Seine Fraktion werde daher dieser Projekterweiterung zustimmen.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) sprach von einem erfreulichen Tagesordnungspunkt, weil es hier um die Gesundheit der Menschen gehe. Dieses Projekt sei ein historischer Schritt für die Region, für die Bevölkerung, für die Patientinnen und Patienten sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landeskrankenhauses Hainburg.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) erläuterte, dass im Landeskrankenhaus Hainburg rund 330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund 9.000 stationäre sowie 12.700 ambulante Patientinnen und Patienten versorgen. Das oberste Ziel des Landeskrankenhauses sei die bestmögliche Versorgung der Patientinnen und Patienten. Dazu brauche es nicht nur hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch eine optimale Infrastruktur.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) berichtete zu einem Antrag zur Beschlussfassung einer Stellungnahme der Abgeordneten Mag. Heuras, Tauchner u. a. betreffend **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu einer Änderung der Richtlinien 1999/4/EG, 2000/36/EG, 2001/111/EG, 2001/113/EG und 2001/114/EG in Bezug auf die der Kommission zu übertragenden Befugnisse, KOM (2012) 150.**

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) unternahm einen Streifzug durch die Richtlinien und Verordnungen der EU von Kaffee bis zu Schokolade etc. Einmal in Brüssel erlassene Richtlinien wieder aufzuheben, sei fast unmöglich.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, es gehe bei diesen Richtlinien nur um eine technische Anpassung. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) bezog sich auf den Europatag und die Entwicklung der Europäischen Union. Niederösterreich bekenne sich zur Idee des vereinten Europa und bringe sich aktiv in die Europäische Union ein. Regionalität und Identität seien aber für Niederösterreich sehr wichtig.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, seine Fraktion habe nicht ohne Wenn und Aber „Ja“ zur Europäischen Union gesagt. Die Eigenständigkeit Niederösterreichs und der Regionen sei durch die Abgabe von Kompetenzen nach Brüssel reduziert worden.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) meinte, seine Fraktion wolle ein Europa der Regionen. Eine Politik, die Angst mache, habe keine Zukunft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des NÖ Jugendgesetzes**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, der Preis des Semestertickets sei in Wien erhöht worden, daher habe sich Niederösterreich entschlossen, hier nachzuziehen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, der Bezug der österreichischen Familienbeihilfe sei immer eine wichtige Fördervoraussetzung für das Semesterticket gewesen. Er forderte eine getrennte Abstimmung.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) betonte, es sei wichtig und richtig, wenn Studenten eine höhere Förderung für ihr Semesterticket erhalten. Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) sagte, seit dem Jahr 2008 würden Studenten aus Niederösterreich, die zu Universitäten und Fachhochschulen fahren, eine Unterstützung erhalten. Mit der Anhebung der Förderung werde eine Erhöhung des Semestertickets abgedeckt. Die Wiener Linien hätten den Preis ihres Semestertickets von 100 auf 150 Euro erhöht. Als einzige Voraussetzung für eine Förderung gelte der Hauptwohnsitz in Niederösterreich.

Der Antrag wurde getrennt abgestimmt. Die Punkte 1 und 3 wurde einstimmig angenommen, der Punkt 2 wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP angenommen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher, Mag. Leichtfried, Waldhäusl u. a. betreffend **Änderung des NÖ Kulturflächenschutzgesetzes 2007 (NÖ KFISchG)**.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, im ländlichen Raum gebe es das Problem, dass Forstflächen zunehmend an Siedlungen heranwachsen. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, bei dem Antrag gehe es um den Entfall des Paragraphen 2, was der Intention der Gemeinden entspreche.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) erinnerte, der Landtag nehme mit diesem Antrag seine Verantwortung wahr, die Vielfalt in Flora und Fauna zu erhalten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Kindergartengesetzes 2006.**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, die Aufnahme der Zweieinhalbjährigen in den Kindergärten sei ein wichtiger Schritt gewesen, wobei die Gruppengröße noch immer viel zu groß sei. Was die Öffnungszeiten der Kindergärten betreffe, sei es wichtig, auch in Zukunft auf die Wünsche der Eltern einzugehen. Auch seine Fraktion unterstütze selbstverständlich die Einführung eines Kindergartenportfolios, um die Stärken der Kinder zu dokumentieren. Wichtig sei aber auch, die Schnittstellenproblematik zwischen Kindergarten und Volksschule zu lösen. Auch müsse die Anzahl der interkulturellen MitarbeiterInnen in den Kindergärten erhöht werden.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) brachte ihre Freude über die Verbesserungen und Veränderungen in diesem Bereich zum Ausdruck. Kritisch merkte sie an, dass es bei den unter Dreijährigen eine Betreuung von lediglich weniger als 16 Prozent gebe. Hier sei die Politik gefordert, ein weiterer Ausbau sei von Nöten. Durch das Schließen dieser Lücke könnten 25.000 Frauen österreichweit in Beschäftigung kommen, es gebe keinen Grund gegen einen entsprechenden Ausbau.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) sagte, dass sie dem Abgeordneten Weiderbauer hier recht gebe und ging u. a. auf die Kindergartenoffensive ein, die sie als große Leistung bezeichnete, die auch große Anerkennung finde. Den Entwurf zur Verwaltungsvereinfachung durchzusetzen sei wichtig, er diene auch dem Schutz der Kindergartenkinder. An den neuen Gesetzen sei erfreulich, dass die Durchführung von Administrationen durch sie eine Vereinfachung erfahre. Außerdem würden Jung und Alt zu-

sammengeführt. Auch ihre Vorrednerin Vladyka sei recht zu geben: Da sich Familienstrukturen verändern, müsse es noch weitere Schritte geben. Das Wichtigste sei jedenfalls die Liebe zum Kind.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Abstimmung und Berichterstattung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Landes-Stiftungs- und Fondsgesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef E d l i n g e r, VP)
- **Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (NÖ LBG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r, VP)
- **Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL 1972)** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r, VP)
- **Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (LVBG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r, VP)
- **Änderung des NÖ Einsatzopfergesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef E d l i n g e r, VP)
- **Änderung des NÖ Katastrophenhilfegesetzes (NÖ KHG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef E d l i n g e r, VP)
- **Änderung des NÖ Sportgesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r, VP)
- **Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (GBDO-Novelle 2012)** (Berichterstatter: Abgeordneter René L o b n e r, VP)
- **Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (GVBG-Novelle 2012)** (Berichterstatter: Abgeordneter René L o b n e r, VP)
- **Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 (NÖ ROG 1976)** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef B a l b e r, VP)
- **Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ EIWG 2005)** (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen M a i e r, VP)

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, dass die aktuelle Verwaltungsreform eine Vereinfachung für die Behörden, nicht aber für die Bürger darstelle. Als Beispiel nannte er das Katastrophenhilfegesetz und sprach davon, dass es hier zu einer Verringerung von Aufsicht und Kontrolle komme. Ebenso meinte er, dass die SP, die

VP und die Grünen einen Kniefall vor Brüssel machen würden – es handle sich bei dem Bündel an Rechten für Angehörige aus Drittstaaten um vorausseilenden Gehorsam. Von der FP käme hierzu ein Nein.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) meinte, dass die Reformen der Gesetze Vereinfachung, Bereinigung und Beschleunigung von Verfahren bedeuten würden. In diesem Kontext zeige sich die hervorragende Arbeit der Landesbediensteten. Die schlankere Verwaltung käme den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Der FP warf er Doppelbödigkeit vor. Die Verwaltungsreform sei in Niederösterreich ein zentrales Anliegen und kein Lippenbekenntnis. Sie sei im Interesse der Menschen. Man baue Bürokratie ab, wo es erforderlich sei. Seine Fraktion werde hier gerne zustimmen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte zu seinem Vorredner, dass die VP die Bürger entrechte und Showpolitik betreibe. Die Bürgermeister würden durch diese Verwaltungsreform Probleme von sich wegschieben und an Gerichte bzw. Bürger weitergeben.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, es handle es sich um keine echte Verwaltungsreform. Dafür müssten unter dem Strich etwas Positives für die Rechte der Bürger und die Volkswirtschaft stehen. Eigentlich nehme man Rechtsschutz von den Hilfesuchenden weg und nehme nur Änderungen im Bereich des Formalrechts vor.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) kritisiert ebenfalls die Gesetzesänderung. Die Bürgerrechte dürften nicht dereguliert werden, Nachbarschaftsrechte müssten gewahrt bleiben. Es könne nicht sein, dass im Genehmigungsverfahren Defizite entstünden.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sprach von „viel Lärm um Nichts“. Es solle bloß der Eindruck einer Verwaltungsreform erweckt werden. Ihre Fraktion werde dennoch zustimmen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) betonte, unter Verwaltungsreform verstehe jeder etwas anderes. Die VP NÖ verstehe darunter das Beseitigen von Mehrgleisigkeiten, das Durchforsten von Gesetzen, die Steigerung der Effizienz und die Einsparung von Kosten für die Bürger. Bezüglich der Gemeinden gehe man in Niederösterreich den

Weg der Kooperation und der finanziellen Anreize. Die Raumordnung sei eine Hoheitsfrage des Gemeinderates und keine „Spielerei der Bürgermeister“.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sagte, oberste Priorität müsse sein, wie sich die Beschlüsse auf die Menschen auswirkten. In vielen Bereichen gebe es keine Vereinfachungen für die Bürger. Eine Verlagerung zu den Gerichten bringe keine Kostenersparnis für die Bürger. Der Zugang zum Recht werde erschwert, die meisten würden von vornherein auf ein Verfahren verzichten. Ein Abschaffen der Bezirksschulräte wäre eine tatsächliche Verwaltungsreform.

Bei der folgenden Abstimmung wurden sämtliche Anträge mit VP/SP-Mehrheit angenommen. Bei den Punkten Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (NÖ LBG), Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL 1972), Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (LVBG), Änderung des NÖ Sportgesetzes, Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (GBDO-Novelle 2012) und Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (GVBG-Novelle 2012) stimmten auch die Grünen zu.

Abgeordneter Karl **M o s e r** (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Feuerwehrgesetzes (NÖ FG)**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung mit VP/SP-Mehrheit angenommen.

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Fischereigesetzes 2001 (NÖ FischG 2001)** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Andreas **P u m**, VP)
- **Änderung des NÖ Landwirtschaftskammergesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz **G r a n d l**, VP)
- **Änderung des NÖ Kulturpflanzenschutzgesetzes 1978** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz **G r a n d l**, VP)
- **Änderung des NÖ Landarbeiterkammergesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz **G r a n d l**, VP)
- **Änderung der NÖ Jagdausschuß-Wahlordnung** (Berichterstatterin: Abgeordnete Marianne **L e m b a c h e r**, VP)

- **Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974 (NÖ JG)** (Berichterstatterin: Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r , VP)
- **Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Karl M o s e r , VP)
- **Änderung der NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1991 (LFBAO 1991)** (Berichterstatter: Abgeordneter Karl M o s e r , VP)
- **Änderung des NÖ Pflanzenschutzmittelgesetzes (NÖ PSMG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Anton K a s s e r , VP)
- **Änderung des NÖ Tierzuchtgesetzes 2008 (NÖ TZG 2008)** (Berichterstatter: Abgeordneter Anton K a s s e r , VP)

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) berichtete, dass das NÖ Fischereigesetz durchforstet wurde, um Vereinfachungen zu erzielen. Der vorliegende Entwurf regle die Verfahren neu.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, seine Fraktion lehne die Gesetzesänderungen ab, weil hier der Bürger teilweise auf der Strecke bleibe und in vielen Fällen Entscheidungen auf die lange Bank geschoben würden.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, es seien die Schlagworte schneller, kürzer, näher zu den Bürgern, die bei diesen Geschäftsstücken zum Tragen kämen. Die Vereinfachungen seien sinnvoll und ein wichtiger Schritt. Zur Änderung des NÖ Tierzuchtgesetzes brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Entfall der verpflichtenden Kostenbeiträge der Gemeinden gemäß dem NÖ Tierzuchtgesetz ein.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) betonte, die Verwaltungsreform in Niederösterreich baue Bürokratie ab und verbessere das Bürgerservice. Rund 100 Bestimmungen würden reformiert. Das bedeute ein schlankere Verwaltung und für die Bürgerinnen und Bürger eine Beschleunigung der Verfahren. Zur Änderung des NÖ Jagdgesetzes brachte er einen **Abänderungsantrag** ein.

Bei der folgenden Abstimmung wurden sämtliche Anträge mit VP/SP-Mehrheit angenommen. Bei den Tagesordnungspunkten Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes sowie Änderung der NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1991 (LFBAO 1991) stimmten auch die Grünen zu. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Schulz betreffend Änderung des NÖ Jagdgesetzes wurde mit

Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Leichtfried betreffend NÖ Tierzuchtgesetz wurde abgelehnt.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes 2000 (NÖ NSchG 2000)**
- **Änderung des NÖ Nationalparkgesetzes**
- **Änderung des NÖ Höhlenschutzgesetzes**

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erläuterte, dass seine Fraktion der Änderung des Naturschutzgesetzes zustimmen werde, weil hier Klarstellungen vorgenommen würden. Der Änderung des Nationalparkgesetzes werde man nicht zustimmen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sagte, die Erhaltung und Pflege der Natur sei das oberste Ziel des NÖ Naturschutzgesetzes. Die Mitglieder des NÖ Landtages stünden hinter diesen Zielen. Im heutigen Geschäftsstück ginge es um Anpassungen und Klarstellungen, um dadurch auf Entwicklungen zu reagieren.

Die Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes wurde mit den Stimmen von VP, SP und FP beschlossen, die Änderung des NÖ Nationalparkgesetzes sowie die Änderung des NÖ Höhlenschutzgesetzes wurde mit VP- und SP-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Die beiden nächsten Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordnete Heidemaria O n o d i , SP) gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 (NÖ SHG)**
- **Änderung des NÖ Sozialbetreuungsberufegesetzes 2007 (NÖ SBBG 2007)**

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, seine Fraktion werde der Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes zustimmen. Viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die Arbeit suchen würden, sollten in Zukunft viel leichter im Sozialbereich tätig werden können. Wichtig sei auch, die pflegebedürftigen Niederösterreicherinnen und Niederösterreich vor unqualifiziertem Pflegepersonal zu schützen.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) meinte, ihre Fraktion werde beide Vorlagen unterstützen. Es bedürfe im Pflegebereich ein Umdenken, weil die Pflege innerhalb der

Familie in den nächsten Jahrzehnten zurückgehen werde. Besonders die mobile Pflege etc. werde an Bedeutung gewinnen. Ein ähnlich breites Betätigungsfeld biete auch die Pflege und Betreuung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) erinnerte, die Verwaltungsreform sei für das Land Niederösterreich schon seit Jahren ein zentrales Anliegen. Eine Verwaltungsvereinfachung werde auch mit der Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes durch eine Reduktion der Bewilligungsverfahren erreicht. Er sprach den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pflegeeinrichtungen Respekt, Dank und Anerkennung aus.

Die Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes wurde einstimmig angenommen. Die Änderung des NÖ Sozialbetreuungsberufegesetzes wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Hermann F i n d e i s , SP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes über Finanzierung der Landeslehrer (Reihe Niederösterreich 2012/2)**
- **Bericht des Rechnungshofes über Maßnahmen zur Förderung von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen durch Bundesländer; Anti-Claimmanagement und Korruptionsbekämpfung bei Straßen- und Bahnbauvorhaben; Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer auf Ebene des Bundes sowie in den Ländern Niederösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol (Reihe Niederösterreich 2012/1)**
- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 13 der XVII. Gesetzgebungsperiode**

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) sagte, nach wie vor gebe es im Bildungswesen Doppelgleisigkeiten und eine große Ineffizienz in der Verwaltung. Das Schulwesen gehöre laut Rechnungshofbericht in einer Hand konzentriert. Überdies würden alle Leitungsposten in den Schulen nach dem Parteibuch besetzt. Positiv sei hingegen, dass ab dem Jahr 2013/2014 die Bezirksschulräte eingespart werden. Wichtig sei auch der Ausbau der Schulautonomie.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) verlangte eine Diskussion über den Landesschulrat zu Budget, Personalausstattung bzw. Aus- und Weiterbildung der Mitarbei-

ter. Der Landesrechnungshof als wichtige Kontrollinstanz in Niederösterreich unterstütze die Mitglieder des Landtages bei ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) sagte, es seien vom Rechnungshof die Landeslehrer in drei Bundesländern überprüft worden und die Kompetenzen in allen drei Ländern seien sehr unterschiedlich gewesen. Deshalb werde eine einheitliche Kompetenzlage in ganz Österreich immer notwendiger. Es bedürfe auch eines neuen Dienstrechtes für die Lehrer, diese Diskussion dürfe aber nicht auf den Urlaubsanspruch reduziert werden. Pro 20 Lehrer würden laut Rechnungshofbericht zu wenig administrative Hilfskräfte bzw. auch zu wenige SozialarbeiterInnen kommen. Niederösterreich leiste sich mehr Lehrer als im Dienstpostenplan vorgeschrieben werde, was seine Fraktion aber positiv beurteile. Überdies würden die Berufsschullehrer permanent bis zu 10 Überstunden leisten, was auf Dauer keinen guten Unterricht ermögliche, weil die notwendige Vorbereitungszeit zu kurz komme.

Dritter Präsident Alfredo **R o s e n m a i e r** (SP) ging auf die Thematik der Förderung von kleineren und mittleren Unternehmen durch die Bundesländer ein und meinte, dass eine saubere Beurteilung der Förderelemente wichtig sei. Unter anderem hielt er dazu fest, dass es aufgrund der Tatsache, dass es innerstaatliche sowie EU-Förderungen gebe, nur eingeschränkt möglich sei, festzustellen, welche Mittel woher kommen. Inhaltlich gebe es in Bezug auf die Förderrichtlinien Verständnisschwierigkeiten. Die Mittelverwendung werde allerdings sehr positiv beurteilt. Es gebe eine Vielzahl von Förderleistungen für Klein- und Mittelbetriebe (KMU's), doch die Gesamtzahl sei nicht mit Sicherheit feststellbar. Die Kontrolle sei sehr wichtig, besonders bei Endabrechnungen. Insgesamt sei der Bericht positiv, Verbesserungspotenzial könne es aber immer geben. Man werde dem Bericht zustimmen.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) ging auf den Landesrechnungshofbericht ein und meinte, dass in Bezug auf die Straßenverwaltung noch eine Verordnung fehle. Zum New Public Management meinte er, dass bereits ein niederösterreichischer Leistungskatalog gestartet worden sei. Dies sei ein sehr gutes Projekt. Er widmete sich auch der Donauschiffstationen GmbH und ortete Kritik des Rechnungshofes.

Abgeordnete Heidemaria **O n o d i** (SP) sprach über die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Hier habe es eine Prüfung mehrerer Bundesländer gegeben, wobei jedoch unterschiedliche Methoden zur Prüfung angewandt wurden. Niederösterreich habe

ein detailliertes Landeskonzept sowie eine zweckmäßige Planungsgrundlage. Auch gebe es in Niederösterreich Kriterienkataloge. Man könne behaupten, dass Niederösterreich als einziges Bundesland über eine detaillierte Kostenschätzung verfüge. Weiters gebe es in Niederösterreich auch Förderungsrichtlinien, in den drei anderen überprüften Bundesländern gebe es hierzu nur Entwürfe. Bisher seien Sanierungsmaßnahmen freiwillig erfolgt, nunmehr gebe es dazu eine Verpflichtung. Bei Umsetzung der drei wesentlichen Empfehlungen des Rechnungshofes sei man weiter auf einem guten Weg.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) widmete sich ebenfalls der Wasserrahmenrichtlinie und merkte an, dass hier ein Ordnungsrahmen geschaffen werden solle. Die Kostenschätzung sei mit Vorsicht zu betrachten, sie belaufe sich auf geschätzte drei Milliarden Euro. In Zusammenhang mit Kofinanzierungen bzw. Sanierungsmaßnahmen führte er an, dass Kommunen zur Kasse gebeten würden und ging auf die Probleme der Kommunalkredit vor mehreren Jahren ein. Durch die Verpflichtung im Bereich der Sanierung würden künftig die Investitionen und Fördermittel zunehmen.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) widmete sich zunächst dem Anti-Claimmanagement und der Korruptionsbekämpfung. Des weiteren ging er auf das New Public Management ein und meinte, dass die Anregungen des Landesrechnungshofes hier größtenteils umgesetzt worden wären. Punkto Donauschiffstationen GmbH führte er aus, dass das PPP-Modell dazu dienen sollte, Mittel zum beiderseitigen Vorteil zu bündeln, um eine gestellte Aufgabe bestmöglich zu erfüllen. Im gegenständlichen Fall habe allerdings das Land über sechs Millionen Euro investiert und nur drei Millionen Euro zurückbekommen. So könne er sich PPP nicht vorstellen, meinte Thumpser. Weiters führte er aus, dass der Landesrechnungshof erstmals einen Tätigkeitsbericht für die Jahre 2010 und 2011 herausgebracht habe. Dieser zeige auf, wie im Landesrechnungshof gearbeitet wird. Ebenso zeige der Bericht zehn Perspektiven bzw. Diskussionspunkte, die den Mitgliedern des Landtages für ihre Arbeit hilfreich sein können. In der Folge brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen und Abgeordnetem Waldhäusl einen **Antrag** betreffend Behandlung sämtlicher vom NÖ Landesrechnungshof erstellten Berichte im Plenum des NÖ Landtages ein.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) führte fünf Ziele des Rechnungshofes an – Transparenz für Steuerzahler und Gesetzgeber, das Geben eines Gesamtüberblicks über Finanzen, den bestmöglichen Einsatz von Steuergeldern, Informationen darüber wie viel Geld für Frauen bzw. Männer aufgewendet wird sowie die Transparenz des

Rechnungsabschlusses. Zur Überprüfung der Maßnahmen zur Förderung von KMU's hielt er fest, dass der Verwaltungsanteil in Niederösterreich am geringsten ausgefallen sei. Zum Themenschwerpunkt Korruptionsbekämpfung im Baubereich seien in Niederösterreich nur zwei Projekte aufgefallen. Vom Rechnungshof seien 30 Empfehlungen zur Verbesserung gegeben worden. In Niederösterreich würden 94 Prozent der Rechnungshofempfehlungen umgesetzt. Abschließend meinte er, dass Mehrfachkontrollen zu bereinigen seien.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) bezog sich auf die Wanderausstellung „250 Jahre Rechnungshof“: Seit Maria Theresia habe nach wie vor niemand Überblick über den Staatsetat. Korruptionsprävention sei nicht nur in der Politik, sondern auch in der Verwaltung notwendig. Als Parlamentarierin sei sie stolz auf den Landesrechnungshof. Dem Kontrollorgan des Landtages stehe eine eigene Meinung zu.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sprach über das Landeskrankenhaus Krems und die Informationssicherheit in den NÖ Landeskrankenhäusern. Der Nachbericht zum Landeskrankenhaus Krems zeige, dass 20 von 24 Mängeln behoben worden seien. Im Bereich der Informationstechnologie seien 16 Mängel konstatiert worden.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) sagte zur Finanzierung der Landeslehrer, er halte den Bericht bei den Stellenplanüberschreitungen für oberflächlich. Er berücksichtige etwa den Erhalt der Kleinschulen, die Qualität der NÖ Mittelschule oder die Verhältniszahl zwischen Schülern und Lehrern nicht. Bei der Controlling-Verordnung sei die Forderung des Rechnungshofes willkürlich.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meine in einer tatsächlichen Berichtigung, Abgeordneter Thumpser kenne die Landesverfassung, der Landesrechnungshof sei aber ein Organ des Landtages.

Bei der folgenden Abstimmung wurden der Bericht über die Finanzierung der Landeslehrer und der Bericht des Rechnungshofausschusses Nummer 13 einstimmig und der dritte relevante Bericht gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Die beiden nächsten Berichte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2010.**
- **Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2011**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) eröffnete die Debatte: Hier könnte man tatsächlich eine Rechtsbereinigung betreiben. Die Steigerung der Beschwerden beim Glücksspielgesetz zeige etwa, wo zu reformieren sei. Hier gehe im großen Stil Geld verloren, es liege am materiellen Gesetzgeber, dies zu ändern.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) bezog sich unter anderem auf die Kritik des UVS an der mangelnden Verfolgung von Verwaltungsstraftaten mit Auslandsbezug. Trotz des Ausschöpfens aller Optimierungsmaßnahmen gebe es eine Mehrbelastung an Verfahren.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sprach von einer sehenswerten Leistung. 2011 sei die Zahl der Akten mit einem Plus von 24 Prozent geradezu „explodiert“. Die Berichte sollte man nicht nur zur Kenntnis, sondern auch zum Anlass für weiterführende Überlegungen nehmen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) meinte, die beiden ansprechenden und informativen Berichte seien eine wichtige Rückmeldung. Er hielt fest, dass der Zugang zum Recht für die Bürger einfach bleiben sollte. Weiters gab er seiner Wertschätzung für die Arbeit des UVS Ausdruck.

Beide Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) begründete die Dringlichkeit des **Dringlichkeitsantrages** der Abgeordneten Moser u. a. betreffend **Transparenzregelungen und Parteienförderung**.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) trat für „gläserne Parteikassen“ und „volle Transparenz“ ein. Es gehe hier nicht um individuelle Daten oder den Schutz von Personen, sondern um Parteidaten, die offen gelegt werden müssen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, seine Fraktion trete für vollste Transparenz in allen Bereichen ein. Die FP sei für die Offenlegung aller Zuwendungen von landeseigenen und landesnahen Unternehmungen, aber in Bezug auf die Transparenzregelungen sei er nicht informiert, was zwischen dem Bund und den Ländern vereinbart wurde. Daher könne er sie auch nicht beurteilen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) stellte fest, dass die gestern erzielte Einigung von Seiten der SP NÖ begrüßt werde. Man fände schon lange, dass es eine Bundesregelung geben solle, die gewisse Mindeststandards festlegen solle. Das Image der Politik sei leider an einem Tiefpunkt angelangt. Es müsse die Glaubwürdigkeit der Politik wieder hergestellt werden. Dafür brauche es einen Schulterschluss und ein Bundesgesetz, das ein Mindestmaß an Transparenz festlege.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) kritisierte zunächst die Grünen, die das System und die Entscheidungsträger kriminalisierten. In Bezug auf die Parteienförderung sagte er, dass in Niederösterreich ohne Klubförderung 10 Euro pro Wähler, in Wien jedoch 23 Euro pro Wähler ausbezahlt würden. Der VP gehe es nun um den Grundsatz, die Parteienförderung umfassend zu regeln, wobei es wichtig sei, dies mit Augenmaß zu sehen. Nun seien eindeutige Regelungen notwendig, weil man mit dem Wahlkampfkostenersatz nicht zweimal in die Taschen der Steuerzahler greifen wolle. Seine Fraktion wolle nun einen Schulterschluss machen, was die finanzielle Ausstattung der demokratischen Parteien betreffe.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, die Möglichkeit, dass Macht missbraucht werden könne, sei bei Regierungsparteien größer als bei Oppositionsparteien. Es gehe nun um die Offenlegung der Spenden.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, Bundeskanzler oder Landeshauptmann-Stellvertreter seien Personen, die Österreich bzw. ein Bundesland repräsentieren.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung!